

Halle und Umgebung.

Halle, den 21. März 1918.

Amtlicher Teil.

Verkauf von Grundstücken.

Zum Verkauf von Grundstücken am 23. März werden die Inhaber folgender Nummern eingeladen:
Am 7 Uhr Nr. 3151-3290
Am 12 Uhr Nr. 3851-3990

Verkauf von Grundstücken.

In der Salzmühle werden bis auf weiteres vormittags von 8-12 Uhr, nachmittags von 2-6 Uhr und Sonntags vormittags von 8-11 Uhr, verkehrsfähiger Braunkohl, die 1850-Pole zu 480 Mt., Braunkohl, die 1-Pol-Pole zu 3 Mt., Kinnholz, das Fund zu 2.40 Mt. (nicht, wie gefehlt beantragt, 1.40 Mt.), Braunkohl, der Würfel zu 10 Mt. verkauft. Auch werden leere Kartons in vorerwähnten Größen abgeben.

Städtischer Grundverkauf in der Salzmühle.

Zum Kaufe bereit sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelförderung 52 501-60 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 60 501-70 000 nachmittags von 2-6 Uhr. Für den Kopf eines Haushalts wird ein Ei zum Preise von 33 Pfennig abgegeben.

Der Lebensmittelförderung ist vorzuziehen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wollen man abgegriffenes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch ist innerhalb drei Tagen.

Verkauf von Quart.

Am Freitag, den 22. März 1918, erfolgt der Verkauf von Quart an folgenden Stellen:
Mittelmühle Endg. Beldinger Str. 10.
Mittelmühle Endg. Beldinger Str. 38.

und in der Verkaufsstelle der Riemberger Mollerei Marienstr. 11, in letzterer Stelle nur vormittags von 8-12 Uhr. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelförderung Nr. 28 001-35 000.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird 1/2 Pfund Quark auf den Wägen mit 3 des Einkaufspreises über Mollereierzeugung zum Preise von 37 Pf. abgegeben.

Der Lebensmittelförderung ist vorzuziehen. Unabzüglich Geld ist bereit zu halten. Gefäße sind unbedient mitzubringen.

Kaffee-Ertrag.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeheimnissen, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag, den 22. März, den 23. d. März, bei den von ihnen gewählten Großhändlern in der nächsten Woche zum Verkauf gelangenden Kaffee-Ertrag abzuliefern. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Warmeide.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeheimnissen, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag, den 22. März, den 23. d. März, den 25. März, bei den von ihnen gewählten Großhändlern in der nächsten Woche zum Verkauf gelangende Warmeide abzuliefern. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes.

Starke Wohnungsnot bei Kriegsende. — Bedarf von 1000 Wohnungen. — Meldepflicht. — Unentgeltlicher Wohnungsnachweis.

Ein wertvolles Werk soll in Halle neu geschaffen werden: ein städtisches Wohnungsamt.

Seine Berechtigung liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, welche Wichtigkeit die Wohnungsfrage schon im Frieden, besonders aber nach dem Kriege in sich schließt. Allerdings wird es nicht gleich möglich sein, das Endziel aller Wohnungspolitik und damit die Lösung des Problems zu verwirklichen, d. h. jedem Staatsbürger eine gesunde, räumlich ausreichende, gut gepflegte, seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Wohnung zu geben, auf daß die Möglichkeit eines geordneten Familienlebens und einer richtigen Erziehung der Jugend gegeben sei. Bisher hat man naturgemäß nur schrittweise vorgegangen, indem versucht wird, bestehende Schäden zu beseitigen und bessere Verhältnisse zu schaffen, soweit es die tatsächliche und wirtschaftliche Lage zuläßt.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, führte unsere Stadtverwaltung schon im Jahre 1910 die Wohnungsinpektion ein, die gute Früchte trug. In richtiger Erkenntnis der Bedeutung der Wohnungsfrage sind aber die städtischen Körperchaften bei dieser Wohnungsaufsicht nicht stehen geblieben, sondern haben auch praktische Wohnungspolitik durch Förderung des Wohnungsbauwesens getrieben. In dem seit 1914 erfolgten Bauwesen für Kleinwohnungen sind den Hallenser Bauvereinen bei Ausführung ihrer Pläne unterstützende. Die Verhältnisse haben jedoch inzwischen die Notwendigkeit des Ausbaus der bisherigen Einrichtungen im Sinne einer erheblichen Ausdehnung des Arbeitsgebietes mit sich gebracht. Insbesondere fordern die Kriegsvorgänge neue umfangreiche Einrichtungen, um den erhöhten Ansprüchen genügen zu können. Die Bautätigkeit, die in der ersten Kriegszeit noch neue Wohnungen entstehen ließ, hat nämlich fast ganz aufgehört und der Vorrat an verfügbaren Wohnungen ist aufs stärkste zurückgegangen. Das Bild ist etwa folgendes: Während vor dem Kriege in Halle im Durchschnitt ungefähr 1,15 Proz. aller vorhandenen Wohnungen leer standen, trat in der ersten Kriegszeit (wie in vielen anderen größeren Städten) eine Zunahme der Leerwohnungen ein, die 1915 auf 2,37 Proz. wuchs. Die Gründe für die Zunahme des Bestandes an leeren Wohnungen bestehen darin, daß die Familien der zum Exzess Eingezogenen häufig ihre Wohnungen aufgaben, um zu den Eltern oder anderen Verwandten zu ziehen. Kriegswitwen kehrten ferner öfters ins Elternhaus zurück, und schließlich wurden auch sonst zahlreiche Haushalte aus Expatrias- und sonstigen

Küchleuten zusammengelegt. Infolge dessen war am 1. Nov. 1917 eine Abnahme der leeren Wohnungen auf 1,37 Proz. festzustellen. Besonders ungünstig hat sich dabei die Verhältnisse der Kleinwohnungen entwickelt. Während in den Mietpreislagen bis 300 Mt. im Jahre 1916 noch 396 vorhanden waren, ist diese Zahl im Jahre 1917 auf 380 zurückgegangen. Ueberdies hat seit dem 1. November 1917 die Zahl der Leerwohnungen noch weiter wesentlich abgenommen.

Das ist eine hart zu beachtende Erscheinung, weil das Wohnungsbedürfnis nach Beendigung des Krieges gerade in Halle, trotzdem während des Krieges kein Zustrom der Bevölkerung zu verzeichnen war, sehr groß sein wird. Denn einerseits haben von den im Exzess befindlichen Haushaltungsvorständen rund 2900 ihre Wohnungen aufgegeben, andererseits besitzen von den in den Jahren 1914-1917 kriegsgetrauten 1946 Paaren 1520 bisher überhaupt keine eigene Wohnung. Von den übrigen in derselben Zeit geschlossenen 1888 Ehen sind auch noch 298, zusammen also 1818 Haushalte ohne eigene Wohnung! Aller Voraussicht nach werden bei jedoch nach Beendigung des Krieges zum weitaus größten Teile ihre eigenen Wohnungen haben wollen, so daß dann unter Berücksichtigung der in der Zwischenzeit noch zu erwartenden Geschätzungen ein Bedarf von nicht weniger als rund 1500 Wohnungen vorhanden sein wird. Zu dieser hohen Zahl muß man ferner jene Haushaltungen, welche ihre Wohnungen kriegsbedingt aufgegeben haben, mit ebenfalls mindestens 1500 Wohnungen hinzurechnen, und schließlich noch die zu erwartenden Neugründungen von Haushalten durch die aus dem Exzess zurückkehrenden Weibgen mit mindestens 1000 Wohnungen veranschlagen. Der Wohnungsbedarf für Familien würde also schon auf rund — man denke! — 4000 Wohnungen angeworben werden können!

Dabei ist der Bedarf der aus dem Exzess zurückkehrenden Weibgen für ihre Person allein an einzelnen Zimmern und Schlafstellen außerhalb der Wohnung noch völlig außer Ansatz geblieben. Selbst bei vorläufiger Schätzung wird sich dieser Bedarf auf weiter als 4000 Wohnungen erheben lassen. Bei allen diesen Zahlen ist der Abgang durch Tod im Kriege schon in Betracht gezogen.

Man wird also ohne Ueberbretung von einer Wohnungsnot sprechen dürfen, deren Befreiung aus tatsächlichen in der Wege gefordert werden muß!

Zeichnet Kriegsanzleihe! Der Geldsieg bringt den Feldsieg! Der Feldsieg bringt den Frieden!

Vor allem ist die zielbewusste systematische Zusammenfassung aller Fragen des Wohnungswezens erforderlich. Es muß eine Zentralstelle für das gesamte Wohnungswezen geschaffen werden, die für alle Gebiete der Wohnungspolitik zuständig ist und am besten die Bezeichnung „Wohnungsamt“ erhält.

Sein Geschäftsbereich soll sich zunächst auf die Wohnungsgesamtheit erstrecken, und zwar ist geplant, die im Jahre 1910 eingeschätzte Wohnungsinpektion in der derzeitigen Weise als städtische Wohnungsinpektion beizubehalten, aber sie soll weiter ausgebaut werden insofern, als die Zahl der Wohnungsinpektionen auf etwa drei vermehrt oder Wohnungsaufsicht zur Unterstützung der Wohnungsinpektion angegliedert werden sollen. Infolge des Mangels an Wohnungen werden nämlich das Zusammenwohnen mehrerer Familien in einer Wohnung und eine gesundheitswidrige Ueberfüllung von Wohnungen unausbleiblich sein. Gerade unter solchen Umständen ist indessen eine regelmäßige Wohnungsaufsicht erforderlich. Gilt es doch im öffentlichen Interesse festzustellen, wie die Wohnungen benutzt werden, damit wertvollen die schwersten Schäden abgelenkt und die Möglichkeit der Abhilfe sichergestellt werden. Ferner kommt die städtische Wohnungsinpektion in Betracht. Denn wenn die Wohnungsinpektion, d. h. eine Familie vorantasten will, eine ungenutzte Wohnung aufzugeben, so muß sie wiederum auch in der Lage sein, der Familie eine bessere Wohnung nachzuweisen. Dazu ist aber eine genaue Kenntnis des Wohnungsmarktes unerlässlich. Sie bildet überhaupt die Grundlage für alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswezens und kann nur erreicht werden durch länderlose Mittelteilung aller freien Wohnungen wie auch der Vermietungen. Gleichzeitige damit muß eine Meldung über die Stärke der neuen Besetzung der Wohnung verbunden werden. Auf diese Weise wird erreicht, daß bestehende Ueberfüllungen von Wohnungen auf dem schnellsten Wege beseitigt werden und daß eingefüllten werden kann, bevor der Schaden übermäßig groß geworden ist. Folglich müssen alle Wohnungen, Geschäftslokale, überhaupt alle Wohngelegheiten dem Meldezwang unterliegen. Ohne Frage wird dabei die an sich geringe Mühe der Meldepflicht durch den Wohnungsnachweis, der unentgeltlicher Vermietern und Mietern als rein gemeinnütziges Unternehmen zur Verfügung stehen soll, reichlich ausgeglichen werden. Auf Grund der pflichtgemäßen Meldungen soll nun der Wohnungsnachweis seine Vermittlungstätigkeit ausüben. Sie erfolgt im Wege der mündlichen Beratung in den Amtsräumen, und zwar soll dabei eine möglichst individuelle Behandlung der Wohnungsinhaber, d. h. eine Berücksichtigung der Wünsche der Wohnungsinhaber bezüglich Preis, Größe, Lage und Ausstattung der Wohnung wie auch der Vermieter möglichst eingegangen werden.

Eine genaue, auf die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht und des Wohnungsnachweises, sowie des Wohnungsnachweises und alles sonstige das Wohnungswezen betreffende Material gestützte Wohnungsstatistik wird dann die notwendigen Grundlagen für ein planmäßiges Handeln und praktische Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot bilden.

Bevorstehend ist es auf dieser Grundlage am leichtesten möglich, festzustellen, ob, wann und in welcher Weise politische Wohnungsnot für Halle eingetreten hat. Die Ausübung der Wohnungsaufsicht und die länderlose Ueberwachung des Wohnungsmarktes legen das Wohnungsamt in die Lage, über Verhältnisse zu berichten, praktische Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot vorzubringen, so daß sich eine allmähliche, aber zielbewusste Reform entwickeln kann. Aber auch darüber, ob und in welchem Umfang Wohnungen für die unmittelbarste Bevölkerung beschafft werden

müssen, soll das neue Wohnungsamt Vorschläge machen und entsprechende Maßnahmen vorbereiten. Ueberhaupt soll es alle mit der Förderung des Wohnungswezens zusammenhängenden Fragen behandeln, z. B. Bereinigung von geeigneten Baugelände, Ausnutzung des Erbbaurechts, Beschaffung der Baugelder usw. Man will also verhindern, alle für die Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege in Betracht kommenden Fallquellen zu erschöpfen, die Bautätigkeit durch Beschaffung der notwendigen Rohstoffe, Arbeitskräfte usw. rechtzeitig in Fluß zu bringen, eventuell einen Einfluß auf die Bautätigkeit dahin zu gewinnen, daß die jeweils am notwendigsten gebrauchten Wohnungsbaustoffe gründlich erschöpft werden. Begriffsklärungen sind hier neben der wichtigsten die Frage der Kapitalbeschaffung eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste überhaupt sein.

Schließlich wirkt dem neuen Wohnungsamt noch eine gegenwärtige, besondere Aufgabe: die Wohnungsbeschaffung für kriegsbedürftige Familien. Welche Schwierigkeiten für sie bestehen, um eine Wohnung zu erhalten, ist wohl allgemein hinreichend bekannt. Um so mehr muß man das helfende Eingreifen an dieser Stelle bei der Bedeutung des Problems vom Standpunkte der Bevölkerungspolitik aus als besondere Pflicht der Gemeinden anerkennen. Leihen Erbes fällt ins Gebiet der öffentlichen Wohnungsfürsorge übrigens auch das gesamte Siedlungswezen, Schaffung von Siedlungscolonien, Unterstüfung der Gartenstadtbewegung sowie auf hierauf gerichteten Bestrebungen. Eine schier unerlöschliche Fülle von gemeinnütigen Zielen tut sich also auf und jeder Weisheitsvolle wird unter Magistrats für die Inangriffnahme des Wohnungsamts dankbar sein.

Die Stadtverordnetenversammlung aber wird zweifellos in ihrer überwiegenden Mehrheit den Gedanken der baldigen Errichtung dieser neuen städtischen Behörde ebenso freudig begrüßen wie die Bürgerchaft, für die ja aus ihm reiches Segen erhellen dürfte.

Frühlings Anfang.

Seit, am 21. März, um 11 Uhr 26 Min. hat der Frühling mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Widlers seinen kaltenbarmischen Einzug gehalten. Seine Quartiermacher sind jedoch länger Zeit einetrotzen, so daß junge Grün in den Gestrüchen der Anlagen, wie auch der gelblich-grüne Schimmer beweist, der über den Laubbäumen schwebt. Der Winter hat diesmal den Frühling nicht allzu festem Überhand entgangen, während im vergangenen Jahre um diese Zeit die Natur noch in Schnee und Eis begraben war. Unter eigentlicher Winterdecke standen wir vom Beginn des Dezember bis Mitte Januar. Dann kam ein völliger Umschwung. Eine härtere Erwärmung trat ein, manche Wochen waren fast völlig frostfrei; strengere Kälte kam in der zweiten Februarhälfte nur noch in Ueberschuldung und im Thüringer Walde vor. Seit Anfang des Monats März machte die Erwärmung weitere Fortschritte, doch traten hin und wieder härtere Nachtfröste ein, die indes dem Wachstum draußen wenig schaden anhaben können. Wenn freilich die Erwärmung weitere Fortschritte macht und es hellen sich doch noch frostfreie Rückschläge ein, so können diese Spätfröste noch wesentlichen Schaden an der Pflanzenwelt anrichten.

Nun, wir hoffen auf das Beste. Der Frühlingserwärmung selbst mit seinem milden Wetter — heute morgen wurde heute Anfangs noch durch freundlichen Sonnenchein eingeleitet — soll uns eine gute Vorbedeutung sein. Denn: Hoffnung läßt nicht aufhören werden.

Hotels und Schleichhandel.

Die Gasthofbesitzer drohen mit Schließung ihrer Kassen.

Berlin, 20. März. Erst fand eine Verammlung des Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands statt, die auch am 15. d. März in Kraft getretene Bundesratsverordnung gegen den Schleichhandel Stellung nahm. Der Verband fordert die Hotelbesitzer, sich nicht an dieser Verordnungsmaßnahme einen kurzen Überblick über die Lage des Gewerbes, Entwerber würden die Hotelbesitzer durch Verlust der Kundenschaft zugrunde gehen oder dem Strafgericht verfallen. Wenn das Kriegsergebnis die auswärtigen Lebensmittelpreise so hoch ansteigen ließe, daß die Hotelbesitzer nicht über die allgemeine Schließung der Kassen Schriftleiter Lehmann-Klein erklärte, man müsse die Verordnung als das Maßwerk eines im Stillstand verfallenden weltweiten Menschen ansehen. Das überflüssige Denunziantentum würde grobsehen.

Wohnsinnat Dr. H. H. Hofmann vom Kriegsergebnisamt erwiderte, daß sich der Wunsch, eine Erhöhung der Gasthofbetriebe keine Rede sein könne. Dem Schleichhandel als dem gefährlichsten Feinde unterer Volksernährung müßte mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Die Beschränkung werde aber bemittelt, dem Hotelgewerbe im Rahmen des Möglichen zu helfen. Die öffentliche Bewirtschaftung sei erst einzutreten, als das freie Spiel der Kräfte vorzöge. Das ein Teil der deutschen Bevölkerung nicht verzehrende, sei bisher nur der öffentlichen Bewirtschaftung zu verdanken, die freilich auch ihre Mängel habe. Eine Verringerung des Geistes sei nicht zu erwarten. Ausführungsbestimmungen würden nicht erlassen, aber es sei zu erwarten, daß man die Notlage der Hotelbesitzer nach Möglichkeit berücksichtigen werde.

Der Vertreter eines Großbetriebs im Daz, der mit 15 anderen Gasthausbesitzern wegen Schleichhandels bestraft worden ist, erklärte, daß die mögliche Verteilung von Fleisch oftmals nur 80 bis 100 Gramm und darunter betragen habe. Die Gasthofbesitzer müßten Wundererlei für Lebensmittel besorgen. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der die Schließung der Hotelkassen in Aussicht gestellt wird, für den Fall, daß die Hotels durch die Lebensmittelstellen der Gemeinden nicht ausreichend beliefert werden.

Die deutschen Sparkasten und die kommende Kriegsanzleihe.

Als der Schatzkanzler Graf v. Roeben mitteilte, daß die deutschen Sparrenten sich im vergangenen Jahre um über 3 1/2 Milliarden Mark vermehrt hätten, und zwar nach Abzug aller Zeichnungen der Sparver auf die Kriegsanzleihe, da ersichtlich Bruno. Es soll den deutschen Sparern. Mit Recht verdienen sie Anerkennung, denn eine solche Sparleistung ist im ersten Kriegsjahr die wir wirtschaftlicher Sieg des arbeitenden Volkes und muß im Ausland als solcher empfunden werden. Und damit war der Höhepunkt noch nicht erreicht, denn der erste Monat des neuen Jahres brachte eine weitere Erhöhung der Sparrenten um nicht weniger als 1 1/2 Milliarden Mark, und nach allem, was man hört, hat der Feldmarschall von Hindenburg die Kriegsanzleihe, so daß die deutschen Sparrenten bis zum Schluß der nächsten Zeichnung mindestens noch eine weitere Milliarde hinzugewinnen werden. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Zahl der Sparrenten







